



Universität Bielefeld

Fakultät für Soziologie

**Forschungsschwerpunkt
Entwicklungssoziologie**

**Sociology of Development
Research Centre**

Universität Bielefeld - Postfach 100131 - 33501 Bielefeld, Germany / Telefon (0521) 106-4650/4221, Fax (0521) 106-2980
<http://www.uni-bielefeld.de/sdrc/homesdrc>, E-Mail: sdrc@post.uni-bielefeld.de

Working Paper N° 317

Soziologische Überlegungen zur Problematik des russischen Transformationsprozesses von Wirtschaft und Gesellschaft

Heiko Schrader

Bielefeld 1999

ISSN 0936-3408



Soziologische Überlegungen zur Problematik des russischen Transformationsprozesses von Wirtschaft und Gesellschaft

Heiko Schrader, Staatsuniversität St. Petersburg/Universität Bielefeld

„Zivilgesellschaft“ in Rußland oder enger gefaßt: in St. Petersburg ist ein theoretisch viel beachtetes Thema, dem im Transformationsprozeß von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft und Marktgesellschaft große Bedeutung beigemessen wird. Die Entstehung von Zivilgesellschaft und deren Aufbau sind hierbei nicht nur Selbstzweck, sondern sie wird als Träger für Demokratie und pluralistische Gesellschaft betrachtet - beide Indikatoren für das „gute Leben“ in der modernen Gesellschaft.

Während allerdings in einigen Nationalstaaten Westeuropas die Zivilgesellschaft empirisch auf eine lange Geschichte zurückblickt, ist diese Tradition in anderen Gesellschaften entweder nicht vorhanden, oder sie wurde durch diktatorische Regime unterbrochen, ihre bereits existierenden Institutionen oftmals sogar zerstört. So bekam die Diskussion um Zivilgesellschaft insbesondere in den ehemaligen Diktaturen Lateinamerikas, aber auch in den asiatischen Gesellschaften autoritären Typs Bedeutung, und wenig später trug dieselbe Diskussion zum Niedergang des Realsozialismus in Osteuropa bei. Die Idee von Zivilgesellschaft als Träger von Demokratisierung und Transformation „von unten“ bildete hier den Konsens oppositioneller Kräfte für solidarisches Handeln. Die sozial- und politikwissenschaftliche Diskussion griff den Aufbau von Zivilgesellschaft als einen der Schlüssel zur erfolgreichen Transformation Osteuropas und der ehemaligen UdSSR auf. Hierbei wird nicht nur von russischen Autoren immer wieder auf die Besonderheit der russischen Gesellschaft und Geschichte hingewiesen.

Heutzutage gibt es kaum mehr ernsthafte Zweifel am Paradigma des „guten Lebens“ in der Zivilgesellschaft, aber der Weg dorthin wird in einzelnen Gesellschaften als schwierig, wenn nicht sogar als blockiert betrachtet. Gründe hierfür werden insbesondere in der Unausgewogenheit der drei Sektoren „Markt“, „Staat“ und „Dritter Sektor“ zueinander bezeichnet. Hierbei steht der Dritte Sektor im Spannungsfeld zwischen Kommerzialisierung auf der einen Seite und Formalisierung, Bürokratisierung und Kontrolle auf der anderen und muß sich gegen Markt und Staat behaupten. Die Diskussion stellt hier insbesondere die Problematik des Wachstums von zivilgesellschaftlichen Strukturen gegenüber dem kontrollierenden Staat, aber auch gegenüber den wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen

Rahmenbedingungen heraus. Anders herum formuliert wird argumentiert, daß das Wachstum der Zivilgesellschaft durch das Fehlen oder Nichtfunktionieren dieser Rahmenbedingungen behindert wird.

Aus dieser Argumentation könnte sehr leicht der Umkehrschluß gezogen werden, daß das Entstehen und das Wachstum der Zivilgesellschaft autonome Prozesse seien, sofern die Rahmenbedingungen eben stimmten. Diese teilweise von den Ökonomen vertretene Sichtweise möchte ich aber mit diesem Beitrag in Frage stellen. Ich möchte nicht konstatieren, daß ich die Rahmenbedingungen für das Funktionieren von Zivilgesellschaft nicht für notwendig erachte - ich möchte aber unterstreichen, daß bei einer solchen Sichtweise zu wenig die spezifische Sozialstruktur der Gesellschaften berücksichtigt wird. Ein Charakteristikum transformatorischer und transitorischer Gesellschaften scheint mir zu sein, daß sich aus der Unterdrückung des Marktes und der politischen Willensäußerung heraus informelle, vom Staat unkontrollierbare, Strukturen verfestigt haben, die heute weiter existieren und einen weiteren entscheidenden Hinderungsgrund für das Entstehen von Zivil- und Marktgesellschaft darstellen.

1. Traditionsgemäß stellen die Gesellschaftswissenschaften immer wieder die Frage, wie eine zivilisierte Gesellschaftsordnung beschaffen sein muß, damit sie einer möglichst großen Zahl von Bürgern ein ‚gutes Leben‘ garantiert.¹ Diese Vorstellung von Zivilisiertheit beinhaltet nach dieser Sichtweise allgemein formuliert nicht nur einen Zuwachs von ökonomischen Ressourcen, die langfristige Sicherung der Ernährung usw., sondern auch die innere, moralische Vervollkommnung der Individuen und Einhaltung bestimmter, als Menschenrechte akzeptierter Standards, den technischen und intellektuellen Fortschritt, die Übertragung des gesellschaftlichen Gewaltmonopols an den legitimen Herrschaftsträger, aber auch die Einbeziehung von immer mehr Menschen innerhalb und außerhalb des Nationalstaates in diese Standards.

Allerdings stimmen die Antworten nicht überein, wie dieses gute Leben erreicht werden kann, und ich möchte deshalb in Anlehnung an Walzer (1995) hier einige Antworten skizzieren, die sich – vereinfacht dargestellt – auf die drei Steuerungsprinzipien Markt – Staat – Solidarität (bzw. Moral) reduzieren lassen (vgl. hierzu Schrader 1997a):

¹ Diese Metapher des ‚guten Lebens‘ findet sich insbesondere in der amerikanischen Diskussion um Zivilgesellschaft und ihrem Hang zur Normativität.

(1) Nach Auffassung Neoliberaler Kräfte ist der Garant des ‚guten Lebens‘ der Markt, der Ort des möglichst maximalen Konsums und der freien Wahl. Dem Staat wird hier nur eine periphere Rolle der Konstituierung und Aufrechterhaltung vorteilhafter Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit oder Stabilität zugestanden, während dem Preis-Mengenmechanismus des Marktes die optimale Allokationsfunktion zugeschrieben wird. Aufbauend auf Adam Smith werde kollektive Wohlfahrt als Summe individueller Nutzenmaximierung betrachtet, und dieses Prinzip funktioniere, so lange der Staat nicht in das Marktgeschehen eingreife. Die Selbststeuerung des Marktes ist also nach dieser Auffassung mit staatlicher Regulierung prinzipiell inkompatibel. Gemäßigtere Vertreter dieser Richtung räumen allerdings ein, daß es im Marktspiel auch Verlierer geben könne, und daß Teile der Bevölkerung im Markt überhaupt keine bzw. eine verminderte Leistung erbringen (Kinder, Alte, Behinderte, usw.). Diese müssen dann in der Sozialen Marktwirtschaft durch das Netz des Wohlfahrtsstaates oder – als Folge der ‚Restrukturierung‘ der Gesellschaft: des Um- und Abbaus des Wohlfahrtsstaates – durch Selbstorganisation, also Zivilgesellschaft aufgefangen werden.

(2) Die zweite Denkrichtung, die den Garanten für das ‚gute Leben‘ im Staat lokalisiert,² hat durch den Kollaps der Ideologie eines zum Kapitalismus alternativen, sozialistischen Entwicklungspfades an Radikalität eingebüßt. Aber auch die gemäßigtere, keynesianistische Variante, die sich die Sozialdemokratie in Westeuropa zu eigen machte, hat im Zuge der durch die Wiederentdeckung der Modernisierungstheorie in der Politik umgesetzten Deregulierung einen Bedeutungsverlust erfahren. Unter dem Globalisierungsdruck und dem Druck der Wirtschaft entdeckt auch sie „neue“ alte Wege der Selbstorganisation als Lösung zur Kostenkrise des Sozialstaates.

Eine Variante dieser Denkrichtung, in der dem Staat die Funktion des Steuerungsagenten zugeschrieben wird, ist nationalistisch. Hier ist der Ort des ‚guten Lebens‘ die Nation, in der Staatsbürger durch Geburtsbande statt durch Wahl zusammengehalten werden.³ Somit hänge das gute Leben mehr von der in ihrem

² Siehe auch Breuer (1998) zum Thema ‚Staat‘.

³ In der politikwissenschaftlichen Diskussion werden hier zwei nationalstaatliche Ideologien gegenüber gestellt: der ‚Nationalstaat als Herkunftsgemeinschaft‘, der auf der Vorstellung eines gemeinsamen ethnischen (die nationalistische Variante) oder kulturellen Erbes beruht, und der ‚Nationalstaat als Willensgemeinschaft‘, wo sich in

Wesenskern unveränderlichen Identität als von Handlung ab, aber diese Identität werde durch den Markt und – in der Argumentation insbesondere osteuropäischer und arabischer Fundamentalisten – durch die Globalisierung von Massenkultur, also Amerikanisierung und Verwestlichung korrumpiert und die eigene Tradition werde unterminiert. Nation und ein durchgreifender Staat mit hoher Polizei- und Militärpräsenz bildete hier ein Couplet, trotz der Tatsache, daß in der marxistischen Ideologie der Staat im Kommunismus letztendlich obsolet sei.

(3) Die dritte Antwort auf die Frage nach dem Ort des ‚guten Lebens‘ ist die Zivilgesellschaft. Nach Walzer (1995: 8) kennzeichnet dieser Begriff den Raum freiwilliger Gemeinschaft sowie den von Beziehungsnetzwerken. Er argumentiert, die Diskussion um Zivilgesellschaft hänge eng mit der klassischen Frage der Soziologie zusammen, was den Kitt einer Gesellschaft bilde. Die Antwort auf diese Frage ist nach Auffassung dieser Denkrichtung die Zivilgesellschaft mit ihren Attributen der Solidarität und freien, politischen Partizipation der Bürger. Hier ist der Anknüpfungspunkt zu Rousseaus Sichtweise von Staatsbürgerschaft als moralisch bindender Gemeinschaft und Mills' Festhalten am demokratischen Staat offenkundig. Zivilgesellschaft ist nach Lachenmann (1997: 1988) ein Postulat oder eine Utopie eines noch nicht realisierten Projekts der Moderne. Sie ist der Dritte Sektor (Adamson 1987: 320) (oder die Dritte Hand [Altvater 1995], in Anspielung auf Adam Smiths 'unsichtbare Hand'), der dem Kampf am Markt und dem Zwang des Staates Solidarität entgegensetzt. Hier treffen und vereinigen sich Menschen freiwillig zu kollektivem, kommunikativem Handeln (Cohen 1995: 38). Sie bilden und reformieren zahlreiche Gruppen zum Zweck des Erreichens gemeinsamer, nicht ‚marktfähiger‘⁴ und zumeist gemeinnütziger Interessen. Während das in einer fragmentierten Gesellschaft atomisierte Individuum im allgemeinen politisch relativ passiv ist, kann es in Gemeinschaften, Organisationen, Assoziationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft, wie Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen oder Interessengruppen, politisch partizipieren und am politischen Willensbildungsprozeß teilnehmen. Nach Walzer (1995: 19) sind dominierte und benachteiligte Menschen

einem ethnisch und kulturell heterogenen Umfeld Solidarität über gemeinsame Ziele definiert (vgl. Münch 1997: 70ff.).

⁴ Als nicht marktfähig möchte ich Interessen betrachten, die nicht privatwirtschaftlich vermarktet werden können, weil sie entweder nicht profitabel sind, oder zum öffentlichen Gut erklärt und aus dem Marktgeschehen herausgenommen worden sind.

unorganisiert und verelendet. Aber selbst arme Menschen können über eine starke Einbindung in Gruppen, Netzwerken und Assoziationen Würde erfahren und sich gegebenenfalls auch gegen die Dominanz formieren.⁵

Eng verbunden mit dem Konzept der Zivilgesellschaft ist die Bewegung der Kommunitarier, die das durch den Markt vergiftete gesellschaftliche moralische, politische und soziale Umfeld verbessern will. Kommunitarier wollen die Gemeinschaft wiedererstarken lassen, denn sie verfügt als Moralgemeinschaft (McIntyre 1993: 96)⁶ über die Anerkennung gemeinsamer Werte, Regeln und Pflichten. Allerdings geht es nicht um die Wiedererfindung der alten Gemeinschaft à la Tönnies oder Durkheim, sondern in Anlehnung an die Habermas/Apelsche Diskursethik um eine Gemeinschaft als ‚Arena moralischer Debatten‘ zur Konsensfindung (vgl. Etzioni 1995: 3, 18-19). In diesem Sinne entwirft Selznik (1995) die folgenden vier Grundprinzipien kommunitaristischer Demokratie: die Betonung der Souveränität der Menschen; das Primat der Gemeinschaft über den Staat (Subsidiaritätsprinzip); die Verantwortung des Staates für die Wohlfahrt der Gemeinschaft (die allerdings dem Subsidiaritätsprinzip untergeordnet wird); und die soziale und politische Partizipation der Mitglieder der Gemeinschaft in einer kommunalen Demokratie.

2. Während neuere kommunitaristische Beiträge politisch moralisierenden Manifesten gleichkommen, hat einer ihrer Vertreter, Amitai Etzioni, mit seinem Ansatz der „Socio-Economics“ steuerungstheoretisch relevante Überlegungen angestellt, die ich im Rahmen meiner Analyse nutzbar machen möchte. Etzioni (1988) weist den Universalismus und methodischen Individualismus der Wirtschaftstheorie zurück und knüpft an der Tradition der Historischen Schule an, indem er menschliches Handeln auf der kollektiven Ebene historischer und sozialer Kräfte ansiedelt. Handlung finde im Kontext ihres kollektiven Umfeldes statt, oder anders ausgedrückt, ist in soziale Beziehungen eingebettet. Die kollektive Ebene sei somit nicht nur eine Aggregation zahlreicher individueller Entscheidungen, Transaktionen oder Handlungen, wie dies die Neoklassik unterstelle, sondern verfüge über eine Eigenstruktur, die alles Handeln und Verhalten signifikant beeinflusse.

⁵ Auf dieser Sichtweise baut zum Beispiel Yunus sein Konzept von den Grameen Banken auf (vgl. Schrader 1997b). Auch Berners (1998) Untersuchung zu Nachbarschaftsorganisationen in den Slums von Manila, aus der er das Konzept der Lokaltäten herleitet, bestätigt diese Sichtweise.

⁶ Siehe hierzu auch Evers und Schrader (1994)

Individuen müßten entweder innerhalb der Zwänge handeln, die ihnen diese Struktur auferlegt, oder lernen, diese zu ändern (Etzioni 1988: 181).

Nach Etzioni internalisieren Individuen Normen und Werte ihres kollektiven Umfeldes, die ihr Handeln entscheidend beeinflussen. Insofern kann dieses Umfeld den Handlungsalternativen Begrenzungen auferlegen, die als sozial nicht legitim betrachtet werden (vgl. Schrader 1995, 1999). Darüber hinaus kommt dem kollektiven Umfeld auch eine bedeutende Funktion bei der Informationsbeschaffung und –selektion zu. Allerdings gehören Individuen gleichzeitig verschiedenen Kollektivitäten ihres sozialen Umfeldes an: Gruppen, Assoziationen, Organisationen und Institutionen. Dies kann zu Konflikten und Irritation führen, die eine Entscheidungsvermeidung und –blockierung zur Folge haben können. Kollektivitäten können mit und ohne Mitgliedschaft sein. Beide können Handlungen entscheidend beeinflussen und ihre Milieus die Sozialisation tangieren.

Das Verhältnis von Markt, Staat und Drittem Sektor stellt sich bei Etzioni wie folgt dar: Markt und Wirtschaft sind Subsystem von Gesellschaft. Wirtschaftliche Beziehungen sind somit in soziale Beziehungen eingebettet (vgl. Polanyi 1979). Wettbewerb ist nicht, wie von den Neoklassikern angenommen, prinzipiell selbsterhaltend, sondern sein Funktionieren, aber auch seine zerstörerische Kraft sind von kontextuellen Faktoren abhängig (Etzioni 1988: 199-204), so daß Wirtschaft und Wettbewerb nicht gut oder schlecht an sich sind. Sie brauchen aber eine Kapsel, innerhalb derer sie konstruktiv wirken können. Diese Kapsel ist normativ, sozial und staatlich. Normative Faktoren sind Moral und Ethik einer Kollektivität. Soziale Faktoren sind die von Durkheim herausgestellten nichtkontraktuellen Elemente des Kontrakts - die persönlichen Beziehungen zwischen Akteuren in Kollektivitäten sowie die Beziehungen zwischen diesen. Schließlich bedarf das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft aber auch staatlicher Regeln (Verordnungen und Gesetzen) und Interventionsmöglichkeiten (Bestrafung und Belohnung). Nach dem Konzept des eingekapselten Wettbewerbs muß der Staat dort intervenieren, wo der konstruktive Wettbewerb nicht funktioniert, da Konflikte systemdemisch sind und Individuen, wie auch Kollektivitäten die Normen und Regeln verletzen. Eine zu starke Intervention und Übernahme kollektiver Aufgaben kann jedoch – wie sowohl Kommunitarier als auch konservative Politiker behaupten – negative Auswirkungen auf den Willen und die Fähigkeit zur Selbstorganisation haben (Etzioni 1988: 213).

Die von Etzioni herausgestellte Einbettung von Handlungen in soziale Beziehungen (vgl. hierzu Granovetter 1992)⁷ stellt für mich den Rahmen für die Analyse der russischen Transformation dar. Ein Kernpunkt dieser Handlungstheorie ist die Existenz paralleler Sphären von Moral/Solidarität, deren Intensität durch soziale Nähe determiniert wird. Ihnen steht eine Außenmoral gegenüber. Diese Überlegungen nun für eine kulturbezogene Handlungs-, Institutionen- und Sozialstrukturanalyse nutzbar zu machen bedeutet, unter den möglichen Sphären unterschiedlicher Binnenmoral/Solidarität (Kernfamilie, Verwandtschaft, Gruppe, Clique, Nachbarschaft, Netzwerk, Subkultur, Ethnizität, etc.) die in der spezifischen Kultur handlungsrelevanten und ggf. handlungsbestimmenden Sphären zu benennen und ihren Einfluß auf Gruppen- und Institutionenbildung im Rahmen von Zivilgesellschaft sowie für den Transformationsprozeß selbst zu untersuchen.

In Westeuropa wurde den Nationalstaaten ein Gewaltmonopol übertragen, das sowohl über staatliche, als auch unabhängige, nicht korrumpierbare Institutionen auf der konkreten Handlungsebene Planungs- und Rechtssicherheit - oder in Luhmanns (1973, 1988) Worten: Systemvertrauen - hervorbrachte. Diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen überhaupt erst die Möglichkeit des Vertrauens in fremde Interaktionspartner, da diese Institutionen bei Enttäuschung der Handlungserwartungen unabhängig von deren sozialem oder ökonomischem Status auf Antrag oder auf eigene Initiative sanktionierend wirken.

Dieser das Systemvertrauen generierende, verlässliche institutionelle Kontext ist in vielen nicht-westlichen, aber auch teilweise westlichen Gesellschaften nur unzureichend gegeben, so daß sich die Handlungsakteure auf deren eigene Mechanismen zur Reduktion von Komplexität, Unsicherheit und Risiko verlassen müssen. Eine effiziente Umgehensweise mit diesem Dilemma ist nach Fukuyama (1995) das Handeln in Netzwerken vertrauter (oder wie er es ausdrückt: familistischer) Beziehungen.⁸ Allerdings kann diese Effizienz sich sehr schnell ins

⁷ Als Netzwerk bezeichnet Granovetter (1992: 9) regelmäßige Kontakte oder ähnliche soziale Beziehungen zwischen Individuen oder Gruppen. Eine Handlung ist nach Granovetter alleine schon deshalb eingebettet, weil sie eine Interaktion mit anderen Individuen darstellt, d.h. diese beeinflusst und von diesen beeinflusst wird.

⁸ Francis Fukuyama (1995) hat in seinem Buch „Konfuzius und Marktwirtschaft“ auf die Häufigkeit von familistischen Handlungsmustern in Gesellschaften chinesischen Typs und in Süditalien hingewiesen. Anstatt aber Gemeinsamkeiten in

Gegenteil verkehren, denn ein zu starker Familismus – so fährt er fort - ist auch gleichbedeutend mit der eingeschränkten Fähigkeit zu „spontaner Soziabilität“, einer Sozialisation, die dahin führt, Vertrauen und Vergemeinschaftung auch jenseits von familiären Beziehungen in einer als potentiell feindlich eingestuften Lebenswelt aufzubauen.

Diese Gedanken werde ich nun für die nun folgenden Überlegungen zu Beziehungs- und Beschaffungsnetzwerken im russischen Alltag nutzbar machen. Aus der Dominanz dieses Handelns in Netzwerken über die Fähigkeit zur „spontanen Soziabilität“ – zur Bildung anonymer Beziehungen in Markt und Gesellschaft - werde ich ein entscheidendes Problem für den russischen Transformationsprozeß und die Entstehung von Zivilgesellschaft herleiten.

3. Im Unterschied zu modernen Marktgesellschaften westeuropäischen Typs, in denen verlässlich funktionierende staatliche, rechtliche und sozialpolitische Institutionen und Organisationen existieren, die die Kapsel für konstruktiven Wettbewerb im Markt und für Zivilgesellschaft bilden, sind die russische Wirtschaft und Gesellschaft heutzutage und in der Sowjetzeit gerade durch starke Unzulänglichkeiten dieser Rahmenbedingungen und ein hohes Maß an mangelndem Systemvertrauen gekennzeichnet. Modernisierungstheoretiker fordern deshalb zu Recht, daß für die Transformation der russischen Gesellschaft in eine Markt- und Zivilgesellschaft zuverlässige Rahmenbedingungen nötig sind. Dabei übersehen sie allerdings oft, daß die 80 Jahre Realsozialismus die Handlungssubjekte in einer Weise sozialisiert haben, die marktgesellschaftliches Handeln, Systemvertrauen und damit den Transformationsprozeß erschwert haben und – wie ich hier behaupte – der Marktlogik entgegen steht.

In der Sowjetzeit war das gesellschaftliche Steuerungsprinzip Dritter Sektor weitgehend außer Kraft gesetzt, während Markt aus ideologischen Gründen nur als sekundäre Ökonomie informellen und formellen Typs möglich war; demgegenüber stand ein repressiver und kontrollierender Kommandostaat mit schwachem Gewaltmonopol. Im Gegensatz zum politisch propagierten Sowjetmenschen - einem idealtypischen Gemeinschaftswesen - bildeten sich durch systemisches und

Konfuzianismus und Katholischer Wertlehre herbeizureden, bietet er mit der Zivilisationsgeschichte beider Kulturen eine Erklärung: Familismus bildete sich als Schutz gegen eine appropriierende Zentralautorität, die ein schwaches Gewaltmonopol hatte, und ist auch heutzutage noch weit verbreitet.

persönliches Mißtrauen gekennzeichnete Verhaltensweisen heraus. Während sich insbesondere in der stalinistischen Periode das Mißtrauen und die Angst gegen Bespitzelung, Deportation und Liquidation richtete, wird dem Staat auch heute eher mit Mißtrauen begegnet, wie eigene Untersuchungen zeigen. Dieses Mißtrauen wurde in der Umbruchphase aus der Enttäuschung über die Reformpolitik mit ihren unmittelbaren Konsequenzen für die Realeinkommen und die Ersparnisse sogar noch verstärkt.⁹ Wenn der IWF nun vor einer Abkehr von der Marktwirtschaft als Änderung des politischen Kurses nach der August 1998-Krise warnt, so erkennt er, daß die real existierende Wirtschaft in Rußland sich stark vom idealisierten Bild der freien bzw. sozialen Marktwirtschaft unterscheidet. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die oftmals zitierten Rahmenbedingungen, sondern auch im Hinblick auf das Handeln der Akteure, das es hier zu untersuchen gilt.

Rußland weist in der Gleichzeitigkeit von zu viel und zu wenig Staat Parallelzüge zu vielen Dritte-Welt-Ländern auf. Charakteristisch sind die hohe Militär- und Polizeipräsenz eines ‚schwachen Staates‘, Überregulierung und Staatsappropriation durch Lizenzen, Zertifikate, Steuern und Zölle, Kommodifizierung von Ämtern und private Appropriation durch Ämter, fehlender ‚Bürgernähe‘ und oftmals Korruptierbarkeit staatlicher Administration und unabhängiger Rechtsinstitutionen, Willkür in Entscheidungen, mangelnder Schutz des Privateigentums, blühendes Schutzgeldgeschäft, usw. Die wissenschaftliche und politische Diskussion über den Transformationsprozeß weist auf Behinderungen seitens der alten und neuen Eliten (Nomenklatura und Oligarchie) hin, die in den Wirren der Privatisierung ihr Amt oder ihre ökonomische Stellung zur Wertabschöpfung (statt Wertschöpfung), Herrschaftssicherung und Exklusion von Gegeneliten nutzen (vgl. Glinkina 1997).

Dies sind aber nicht notwendigerweise Kennzeichen eines fehlenden Marktes. Ich möchte dagegen halten, daß in vielen Gesellschaftsbereichen in Rußland zu viel anstatt zu wenig Markt existiert – oder mit Etzioni zu sprechen: daß die Kapsel der Beschränkung und Selbstbeschränkung im Markt unzureichend ist, um einen konstruktiven Wettbewerb zu fördern. Die Kommodifizierung von öffentlichen Gütern und Leistungen, die Venalität von Scheinen und Zertifikaten (Führerscheine,

⁹ Der Autor führt zur Zeit in Kooperation mit dem Zentrum für unabhängige Forschung in St. Petersburg eine Untersuchung zur Rolle von Pfandhäusern in den Lebensstrategien einkommensschwacher Haushalte durch (VW-Projekt). In den Interviews wird immer wieder die Enttäuschung über den Staat und die Politik deutlich, und der Staat wird hierbei oftmals in die Nähe der Mafia gestellt.

Technische Inspektion, Propiska, Diplome usw.)¹⁰, die freie Veräußerung von selbst schweren Waffen der Armee, die auf bestimmten Märkten per Katalog angeboten werden, der Kauf von Studienplätzen – all dies zeugt von dem Fehlen der moralischen Grenzen der Käuflichkeit. Unter solchen Bedingungen wird die Allokationsfunktion des Marktes dysfunktional.

Wenn nun die politikwissenschaftliche und ökonomische Diskussion auf das Fehlen der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen hinweist, die für einen erfolgreichen Transformationsprozeß in eine Markt- und Zivilgesellschaft nötig sind, übersieht sie allerdings dabei, daß selbst bei einer Beseitigung dieser strukturellen Hemmnisse der Sozialisationsprozeß der russischen Bevölkerung, der nach wie vor entscheidend die Denkweisen und Handlungen im Alltag determiniert, der schnellen Transformation entgegensteht. Dies gilt zumindest für die alte und ältere Generationen. Überspitzt dargestellt war die Perzeption der realsozialistischen Lebenswelt aus der Sicht vieler Russen die Einteilung zwischen „unsere“ und „die anderen“, „*naschi*“ und „*ne naschi*“¹¹ – „Freunden“ und „denen, denen man besser nicht traut“. Waren diese zu jener Zeit insbesondere potentielle politische Spitzel, ging diese konkrete Angst in der post-sozialistischen Zeit verloren.

Allerdings, so meine These, wurde diese dualistische Perzeption der Lebenswelt weitgehend beibehalten. Meine Überlegungen basieren hierbei auf zahlreichen Wahrnehmungen, Beobachtungen und Gesprächen während meiner zweijährigen Tätigkeit an der Staatsuniversität St. Petersburg, in denen ich verschiedene Russen über deren Perzeption der Begriffe befragte. Nach meiner Wahrnehmung ist die Bedeutung von „*naschi*“ und „*ne naschi*“ heutzutage nicht einmal festgelegt, sondern sie wird je nach Kontext auf verschiedene Handlungssituationen angewandt. Anstatt also nach der ‚wahren‘ Bedeutung dieser Begriffe zu suchen, erscheint es mir dagegen wichtiger, die Dualität der Perzeption in den Mittelpunkt zu stellen, die ja schon in der Semantik zum Ausdruck kommt. In der Alltagssprache spielen die Begriffe jedenfalls eine große Rolle. Die Welt von „*naschi*“ ist das Lokale und Vertraute, die Welt von „*ne naschi*“ das Fremde, Unbekannte und potentiell Gefährliche, Feindliche. Das Verhalten gegenüber „*naschi*“ ist dementsprechend

¹⁰ Zu Venalität und Kommodifizierung siehe Elwert (1987).

¹¹ im russischen: "*naschi*" und "*ne naschi*": "unsere" und "nicht unsere". Ursprünglich wurde diese Terminologie politisch verwandt für systemkonformes und nichtkonformes Verhalten in der Sowjetzeit. In der Umgangssprache erfuhren diese Begriffe einen Wandel als Anwendung auf den persönlichen Lebensbereich.

diametral gegenüber „*ne naschi*“: Offenheit, Vertrauen und Herzlichkeit hier, Zurückhaltung, Mißtrauen und abweisendes Verhalten dort. Ich möchte dennoch einige Beispiele dafür geben, wann die Begriffe Verwendung finden:

Die Perzeption von „*ne naschi*“ ist in Anlehnung an die Sowjetzeit die Welt der Staatsbürokratie und Staatsgewalt (z.B. Milizia), die über rigide Bestimmungen, aber auch über die Ausspielung ihrer persönlichen Macht die Bürger ihrer Willkür ausliefert. Sie ist ferner die Welt des vermachteten Marktes, der durch das Recht des Stärkeren regiert wird. Zur Methode psychischer oder physischer Gewalt greifen nicht selten Politik, Mafia-Milieu und Wirtschaft (wobei diese Kategorien fließend ineinanderübergehen), um ihre persönlichen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen und ihre Machtansprüche abzusichern (vgl. Srubar 1991). Die Unterscheidung von „*naschi*“ und „*ne naschi*“ findet sich aber auch zum Beispiel auch in der Semantik der St. Petersburger Bevölkerung zur Abgrenzung von den „Moskovitern“, den Erzrivalen in der Entwicklungsgeschichte Rußlands.

Die Handlungsmaxime der ‚Normal‘bevölkerung und insbesondere der Schwachen (südliche Ausländer, Juden, Rentner, Obdachlose, Homosexuelle etc.) ist deshalb vergleichbar mit der Sowjetzeit: möglichst nicht aufzufallen, um zu überleben, sich möglichst aus allem heraus zu halten, im Konflikt mit einem Stärkeren klein beizugeben und so den Verlust zu minimieren. *Dieser* reale post-sozialistische Alltag des Kampfes um Macht und Überleben wird mit Begriffen wie „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“ assoziiert, nicht aber ein fernes amerikanisches oder westeuropäisches Modell. So ist es nicht verwunderlich, daß die alte kommunistische Zeit, in der wenigstens Ordnung herrschte, angesichts des Mißerfolgs der Marktwirtschaft seitens großer Teile der Bevölkerung immer stärker glorifiziert wird, und in der wieder zunehmenden Abgrenzung zum Westen, insbesondere gegenüber Amerika, und dem zumindest symbolischen Schulterschuß mit den ehemaligen Verbündeten (wie zum Beispiel Serbien) gewinnt diese glorifizierte Vergangenheit zunehmend an Brisanz.

In diesem Raum der vermeintlichen und tatsächlichen Rechtsbeugung, des Betrugs und Überlebenskampfes versuchen sich die Handelnden zu schützen, indem sie sich auf ihr soziales Kapital („*naschi*“) beziehen und dieses pflegen.¹² Interaktionen und

¹² Zum sozialen Kapital siehe Coleman (1988). Nach Coleman ist soziales Kapital jeder Aspekt informeller sozialer Organisation, der eine produktive Ressource für den oder die Handelnden darstellt. Konkret sind solche Aspekte zum Beispiel persönliche Netzwerke.

Transaktionen finden vielfach in Beziehungs-, Patronage-, Informations- und Beschaffungsnetzwerken statt, die auf Reziprozität basieren (vgl. Gouldner 1960). Loyalität und Solidarität sind außerhalb der Kernfamilie oftmals auf diese Netzwerke beschränkt, die nach verschiedenen Kriterien organisiert sein können: Verwandtschaft, Ethnizität und Herkunft, aber auch insbesondere gemeinsame Schul-, Hochschul- oder Militärausbildung. Führende Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft oder Administration rekrutieren ihre engen Mitarbeiter aus ihren persönlichen Netzwerken (vgl. Heinemann-Gründer 1997). Dagegen fehlt allgemein die Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber oder dem Gesetz.

In der Wahrnehmung der Handelnden wird eine ausgeprägte Unterscheidung vorgenommen zwischen Legitimität und Illegitimität von Handlungen innerhalb der eigenen Netzwerke und außerhalb solcher. Illegales Handeln von „*naschi*“ wird oftmals über die „äußeren Umstände“ legitimiert, während dieselbe Handlung bei „*ne naschi*“ verurteilt wird. Die Bindekraft der Solidarität bleibt somit auf „*naschi*“ beschränkt und wirkt im Hinblick auf „*ne naschi*“ sogar kontraproduktiv, da moralische Schranken außerhalb der eigenen Netzwerke sehr niedrig sind. Das gesellschaftliche „Trittbrettfahren“ über die illegale Beschaffung von Ausweisen, die zum Beispiel zur freien Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Museen berechtigen, ist ein Beispiel, das in der Tat weit verbreitet ist. Eine Steuermoral fehlt dementsprechend gänzlich.

Diese Charakterisierung von gleichzeitig zu viel und zu wenig Markt und ausgeprägten, handlungsbestimmenden Netzwerken läßt mich zu folgender These kommen: Die Netzwerkbeziehungen mit ihrem hohen Maß an Binnenmoral-/solidarität und Handlungserwartungen verlaufen quer zu den marktgesellschaftlichen Strukturen, so daß nicht nur bezgl. der Perzeption der Lebenswelt, sondern auch real das Handeln in diesen Netzwerken die größere Sicherheit und bessere Ergebnisse erzielt als anonymes Handeln im Markt mit hohem Risiko für das Ergebnis. Dort aber, wo der Akteur die eigenen Netzwerke verlassen muß, gehört er plötzlich zu „den anderen“: zu denen, denen man nicht traut, und bei denen es legitim ist, sie zu übervorteilen. Dort herrscht Marktwirtschaft pur. Aus der Sicht der Zielerreichung und der Transaktionskosten (vgl. Williamson 1975) ist es daher rational, sich den Spielregeln des Netzwerkhandelns, der Korruption und Venalität anzupassen.

Diese Perzeption der Lebenswelt hat daher direkten Einfluß auf den Transformationsprozeß und die Möglichkeit der Entstehung von Zivilgesellschaft. Letztere bedarf der „spontanen Soziabilität“, der Solidarität von einander zumeist

unbekannten Individuen mit ähnlicher sozialer Lage bzw. gleichen Interessen: des Zusammenschlusses, des persönlichen Einstehens und des Einsatzes für diese Interessen. Solidarität kann hier nicht auf die Netzwerkgrenzen beschränkt bleiben, sondern muß über diese hinaus erfolgen. Deshalb ist es nicht sehr verwunderlich, daß Zivilgesellschaft in Rußland bisher nicht „von unten“ entsteht, sondern daß etablierte Organisationen und Institutionen, die oftmals seit der Sowjetzeit weiter existieren und sich aus instrumentellem Interesse das Vokabular von Zivilgesellschaft zunutze machen, ohne daß sie ausreichend von einer solidarischen Basis getragen werden.

So erscheint mir die Sichtweise der meisten Kommunitarier zu oberflächlich, Zivilgesellschaft als normativ-regulatorische Antipode zu Markt und Staat zu betrachten und sie als solidarische Sphäre *per se* zu romantisieren. Der dritte Sektor ist selbst Austragungsort von Ressourcenkämpfen zwischen Gruppen, Assoziationen und Organisationen um Macht und Ressourcen (physisches, kulturelles und symbolisches Kapital)¹³, und dies gilt um so mehr, wenn er nicht „von unten“ entsteht, sondern auf alten Strukturen „von oben“ aufbaut. Sich das Vokabular von Zivilgesellschaft zu eigen zu machen kann auch den Zugriff auf westliche Ressourcen zur Unterstützung des russischen Transformationsprozesses erschließen. Sich selbst überlassen, ist der Dritte Sektor aus dieser Sichtweise mit dem Marktkampf vergleichbar und schafft ungleiche Macht- und Ressourcenverhältnisse. Demokratische Staaten und Zivilgesellschaften aber fördern und stützen sich gegenseitig. Die Aufgabe des Staates ist es, Spielräume für die Selbstorganisation von Individuen zu schaffen, die Wirtschaft sozial abzufedern und die Grundlagen für eine pluralistische Gesellschaft zu legen, aber auch die Kapsel für das Funktionieren des Dritten Sektors zu setzen.

4. Somit möchte ich zu folgendem Fazit kommen: (1) Netzwerke betten Handeln in persönliche Beziehungen ein. Die Interaktionen innerhalb von Netzwerken weisen einen höheren Einbegradsgrad auf als anonyme Interaktionen in der Marktgesellschaft oder über die Grenzen von Netzwerken hinweg. Sie sind durch hohe Binnenmoral und Solidarität gekennzeichnet. Sie bieten den Vorteil der Reduktion von Komplexität, Unsicherheit und Risiko in einer diffus wahrgenommenen Handlungsumwelt und senken die direkten und indirekten Kosten,

¹³ Das Konzept der ‚Strategischen Gruppen‘ (Evers und Schiel 1989), das im Rahmen des Staatsbildungsprozesses den Kampf verschiedener Berufsgruppen um Einflußnahme beschreibt und aus der Dominanz bestimmter Berufsgruppen den Bezug zu bestimmten Herrschaftssystemen herstellt, ist somit auch auf die Entstehung des Dritten Sektors übertragbar.

die bei Interaktionen und Transaktionen in Anonymität entstehen. Unterschiedliche Handlungsumwelten bewirken unterschiedliche Organisationsformen von Netzwerken sowie unterschiedliche Einbegrade. (2) Ein sehr stark auf Netzwerke fixiertes Handeln kann aber auch - wie ich mit meinen Überlegungen zu Rußland aufgezeigt habe - das Entstehen oder Funktionieren einer Markt- und Zivilgesellschaft über eine Doppelmoral behindern: eine Moral, die innerhalb der Netzwerke durch hohe Solidarität, Loyalität und Vertrauen, aber über die Netzwerkgrenzen hinweg durch ein ausgeprägtes persönliches und systemisches Mißtrauen und einen starken, auf kurzfristige Ergebnisse zielenden Egoismus gekennzeichnet ist. (3) Der Aufbau einer Markt- und Zivilgesellschaft wird stark durch die sowjetische Sozialisation und Perzeption der Lebenswelt behindert und ist nur längerfristig mit einem Generationswandel zu erreichen.

So stimme ich zwar im Hinblick auf die politikwissenschaftliche und ökonomische Transformationsdiskussion Luhmann (1973) zu, daß rechtliche Regelungen und die Möglichkeit der Einklagbarkeit prinzipiell das Risiko verringern, betrogen zu werden und somit *vertrauensschaffende* Maßnahmen in einer Gesellschaft sind. *Vertrauen zu schaffen* - das ist allerdings ein langfristiger kulturspezifischer Sozialisationsprozeß.

Literatur

Adamson, W. 1987: Gramsci and the Politics of Civil Society. Praxis International 7, 3/4.

Altvater, E.: 1995: Economic Policy and the Role of the State - The Invisible, the Visible and the Third Hand. M. Walzer (ed.): Toward a Global Civil Society. Oxford: Berghahn.

Berner, E.: 1998: Defending a Place in the City: Localities and the Struggle for Urban Land in Metro Manila. Quezon City: Ateneo de Manila University Press.

Breuer, S. 1998: Der Staat. Entstehung, Typen, Organisationsstadien. Reinbek: Rowohlt.

Cohen, J.: 1995: Interpreting the Notion of Civil Society. M. Walzer (ed.): Toward a Global Civil Society. Oxford: Berghahn.

Coleman J. 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. American Journal of Sociology 94 (Suppl.): 95-121.

Elwert, G. 1987: Ausdehnung der Käuflichkeit und Einbettung der Wirtschaft. Markt und Moralökonomie. K. Heinemann (Hrsg): Soziologie wirtschaftlichen Handelns. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 28.

- Etzioni, A. 1988: *The Moral Dimension toward a New Economics*. New York: Free Press.
- Etzioni, A. 1995: *Die Entdeckung des Gemeinwesens*. Schäffer Poeschel.
- Evers, H.-D. und T. Schiel 1989: *Strategische Gruppen - Vergleichende Studien zur Staatsbürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt*. Berlin: Reimer.
- Evers, H.-D. und H. Schrader (eds.) 1994: *The Moral Economy of Trade. Ethnicity and Developing Markets*. London: Routledge.
- Fukuyama, F. 1995: *Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen*. München: Kindler.
- Giddens, A. 1995: *Konsequenzen der Moderne (aus dem Englischen: Consequences of Modernity, 1990)*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Glinkina, S.P. 1997: *Entwicklung der Schattenwirtschaft im gegenwärtigen Rußland*. Osteuropa 4: 337-355.
- Gouldner, A. 1960: *The Norm of Reciprocity: A Preliminary Statement*. *American Social Review* 25: 161-178.
- Granovetter, M. 1985: *Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness*. *American Journal of Sociology* 91, 3: 481-510.
- Granovetter, M. 1992: *Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness*. M. Granovetter and R. Swedberg (eds.): *The Sociology of Economic Life*. Boulder: Westview.
- Heinemann-Gründer, A. 1997: *Transformation durch Elitenwechsel? Indikatoren des Systemwechsels am Beispiel russischer Regionaleliten*. *Osteuropa*, 47. Jg. (Januar): 26-37.
- Kern, H. 1997: *Vertrauensverlust und blindes Vertrauen: Integrationsprobleme im ökonomischen Handeln*. Hradil, S. (Hg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften*: 271-282 Frankfurt/M.: Campus.
- Lachenmann, G. 1997: *Zivilgesellschaft und Entwicklung*. In: Manfred Schulz (Hg.): *Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 187-211.
- Lepsius, M.R. 1997: *Vertrauen zu Institutionen*. In: S. Hradil (Hg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften*: 283-293. Frankfurt/M.: Campus.
- Luhmann, N. 1973: *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Luhmann, N. 1988: *Familiarity, Confidence, Trust: Problems and Alternatives*. D. Gambetta (ed.): *Trust - Making and Breaking Co-operative Relations*. Oxford: Basil Blackwell.
- McIntyre, A. 1993: *Ethical Dilemmas: Notes from Outside the Field*. *AAA Newsletter* 34/7: 5-6.

- Münch, R. 1997: ‚Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften‘. In: W. Heitmeyer (Hg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nuscheler, F. 1995: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik (4. Aufl.). Bonn: Dietz.
- Polanyi, K. 1979: Ökonomie und Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Schrader, H. 1995: Zur Relevanz von Karl Polanyis Konzept der Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft. Working Paper No. 219. Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie.
- Schrader, H. 1997a: Market, State and Morality in Western and Non-Western Societies. *Chinmaya Management Review* Vol. 1, No. 1: 60-73.
- Schrader, H. 1997b: Changing Financial Landscapes in India and Indonesia: Sociological Aspects of Monetization and Market Integration. Münster and London: LIT.
- Schrader, H. 1998: Globalisazija, civilizazija i moral. *Schurnal sociologii i socialnoj antropologii*, tom 1, No. 2: 81-84.
- Schrader, H. 1999: *Ekonomitscheskaja antropologia*. St. Peterburg: Zentr Peterburgskoe Wostokovedenje.
- Selznik, P. 1995: From Socialism to Communitarianism. M. Walzer (ed.): *Toward a Global Civil Society*. Oxford: Berghahn.
- Srubar, I. 1991: War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 3: 415-432.
- Walzer, M. 1995: The Concept of Civil Society. In: M. Walzer (ed.) 1995: *Toward a Global Civil Society*. Oxford: Berghahn.
- Williamson, O. 1975: *Markets and Hierarchies*. New York: Free Press.
- Ziegler, R. 1997: Interesse, Vernunft und Moral: zur sozialen Konstruktion von Vertrauen. Hradil, S. (Hg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften*: 241-254. Frankfurt/M.: Campus.